

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 646 und 5547

Nummer 18

Berlin, den 5. Mai 1928

3. Jahrgang

Gewerkschaften und staatliche Politik.

Die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften, zu den Reichs- und Landesparlamenten sind die schärfste und wirkungsvollste Form des politischen Kampfes zur Gestaltung der Politik im demokratischen Staatswesen. Eine Wirkungssteigerung des politischen Willens zur Macht ist dann nur noch möglich durch das Mittel der Gewalt, durch den Generalstreik, durch die Revolution, den Parikadenkampf, durch die Verneinung des Verfassungsvertrages und Gesetzmäßigkeiten. Die Gewaltanwendung im politischen Kampfe widerspricht dem Grundgedanken der richtig verstandenen Demokratie. Wahre Demokratie ist die Herrschaft des Volkes im Sinne der Vernunft, der Gerechtigkeit, Wahrheit und Freiheit.

Die demokratische Staatsform ist heute umstritten. Weniger bedeutungsvoll als Gegner ist der monarchistische Absolutismus. Diese Staatsform hat der Weltkrieg zu Grabe getragen und ist endgültig überwunden. An ihre Stelle sind andere Geurter getreten. Der Faschismus in Italien, in Spanien, die Sowjet Herrschaft in Rußland verneinen die Demokratie grundsätzlich und praktisch. Obgleich die Entstehung dieser Herrschaftsformen und auch ihre Ziele verschieden sind, stimmen sie in ihren Mitteln überein: In beiden herrscht die Diktatur der Parteigruppe.

Die Gewerkschaften, wie wir sie kennen als freiwillige Zusammenschlüsse großer Massen von Arbeitern, deren einziger wirtschaftlicher Zweck ihre Arbeitskraft ist, können nur in der demokratischen Staatsform gedeihen. — Nur hier können sie wirtschaftliche, sozialpolitische und erzieherische Wirkungen entfalten. Staatliche Gewerkschaften sind wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, um die am Ende befindliche Parteigruppe in der Herrschaft zu erhalten. Sie sind politische Notwendigkeiten, Zwangsorgane des Staates, um das Unterordnungsprinzip zur Geltung zu bringen, genau so wie Polizei und Gerichte. Aber weder der Name, noch die Bedeutung von Gewerkschaften im Sinne des Ergebnisses einer organischen gesellschaftlichen Entwicklung kommt ihnen zu. Wenn sie trotzdem den Namen Gewerkschaften tragen, so ist es ein Blödsinn.

In Deutschland stellen die Gewerkschaften den stärksten demokratischen Block dar. Als Massenorganisation, aufbauend auf demokratischen Grundgedanken, müssen sie auch zwangsläufig eine demokratische Politik im Staate verfolgen. Grundsätzlich ist die Gewerkschaftspolitik gegen jedes Privileg gerichtet. Sie kann den bestehenden Gesellschaftsklassen nicht das Privileg der Herrschaft zugestehen. Sie steht gegen alle Vorrechte, die Tradition, wirtschaftliche und politische Macht ausgerichtet haben, im Kampfe.

Die kapitalistische Entwicklung hat den Sinn der Demokratie umgekehrt. Der Gedanke der wahren Demokratie hat ihre Geburtsstätte in den Gehirnen der großen Philosophen und Freiheitskämpfer des 18. Jahrhunderts. Ihnen schwebte mit der Verwirklichung der Demokratie ein Gesellschaftsideal vor, das in dem auflebenden Geiste der französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ihren Ausdruck fand. Sie waren nicht Fanatiker des Privateigentums, wie die heutige bürgerliche Demokratie. Sie sahen nicht in der Aufrechterhaltung des Privateigentums die Voraussetzung der Kulturentwicklung. Rousseau, dieser große geistige Wellenbeweger, nannte den Mann, der den ersten Stein um ein Stück Land zog und als sein Eigentum erklärte, den Urheber der Verbrechen, der Kriege und des Elends. Die kapitalistische Gesellschaft, welche den demokratischen Gedanken als Kampfmittel gegen den Feudalismus benutzte, um zur Macht zu kommen, hat ihn umgekehrt; nur ihn auf die politische Gleichberechtigung der formalen Demokratie beschränkt.

Der kapitalistische Staat ist eine Zusammenfassung seiner in Einzelatome zerfallenen Teile. Um so leichter Spiel haben im Kampfe um die Herrschaft im Staat jene Schichten, denen ihre starke wirtschaftliche Macht ein natürliches Hebergewicht gibt. Erst die Bildung großer demokratischer Massenparteien, die Zusammenfassung der wirtschaftlich und politisch Machtlosen in großen Massenorganisationen haben einen Ausgleich der politischen Kräfte geschaffen. Die stärksten wirtschaftlichen und sozialen Bindungen der Massen haben aber die Gewerkschaften gebracht. Sie haben den breiten Massen der Arbeiterklasse, die bis dahin stumm und unbeachtet waren, die Sprache gegeben. Sie haben das Objekt der Staatspolitik in ein Subjekt umgewandelt. Sie haben aus dem leidenden Teil einen handfunden gemacht.

Die Logik der Tatsachen zwingt die Gewerkschaften, ihre Macht zur Beeinflussung der staatlichen Politik anzuwenden. Sie sind es nicht nur ihren Mitgliefern, sondern auch der Fortentwicklung ihrer eigenen Organisationen schuldig. Sie kämpfen für die wirtschaftliche Besserstellung der Massen, für ihre soziale und kulturelle Hebung. Sie können es nicht dulden, daß ihnen die Vorteile des Kampfes hinterlistig hinweggenommen werden durch die Politik des Staates, durch Lebensmittelhöhen, welche die Lebensmittelpreise verteuern und damit den Reallohn senken, wie dies in den letzten Jahren in Deutschland geschehen ist. Durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise, durch die Steigerung der Wohnmieten, beides Folgen staatspolitischer Maßnahmen einer Neustagsmehrheit, die das Privileg der bestehenden Massen besteuert und fixierte, wurden in den letzten Jahren alljährlich viele Milliarden Mark aus den käuflichen Lohnempfängern der arbeitenden Massen gelogen. In diesem Sinne ist auch das Wort Hilferdings zu verstehen: Der Wochenlohn des Arbeiters ist ein politischer Lohn.

Die gleiche Wirkung wie die Sozialpolitik hatte auch die Steuerpolitik des letzten Reichstages. Sie ging von dem Grundgedanken aus: Abbau der Belastungen des Besitzes und die Vermehrung der Massenbelastung. Die geistigen Vertrieber dieses Systems schufen sich auch die wirtschaftliche Begründung hierzu: die deutsche Wirtschaft muß Staatskapital anhebeln durch Schonung des Besitzes. In dieser Frage stimmen alle Richtungen und Schattierungen der bürgerlichen Parteien überein, von dem offiziell eingestellten Kulturuntergangsbekämpfer Oswald Spengler bis zu den liberalen Wirtschaftstheoretikern. Es bedarf auch der Feststellung: die Steuerpolitik der deutschen Republik unterscheidet sich immer noch nicht von der früheren

Der Internationale Gewerkschaftsbund protestiert!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtete an die 39. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes folgendes Protestschreiben betr. die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag:

„Bei Eröffnung Ihrer 39. Tagung wenden sich der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die dem Internationalen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen im Namen von 14 000 000 organisierten Arbeitern an Sie, um im Hinblick auf den dem Verwaltungsrat unterbreiteten Antrag auf Revision der Washingtoner Achtstundentagkonvention Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Erwägungen zu lenken:

Die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter haben der Internationalen Arbeitsorganisation in loyaler Weise ihre Mitwirkung geliehen, im festen Vertrauen darauf, daß ihre Mitarbeit beim Aufbau einer internationalen Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht vergeblich sein würde.

Die Arbeiterklasse betrachtet das Washingtoner Achtstundentag-Übereinkommen als den Grundstein der internationalen Arbeitsgesetzgebung. Eine Revision im Geiste des vom britischen Regierungsvorsteher gestellten Antrages wäre gleichbedeutend mit dem Mißlingen des Übereinkommens.

Teil XIII des Friedensvertrages hat den Regierungen formelle Pflichten auferlegt: das Washingtoner Achtstundentag-Übereinkommen ist der erste und bedeutungsvollste Schritt zur Erfüllung dieser Pflichten. 28 Regierungen haben dem Überein-

kommen zugestimmt und damit die moralische Verpflichtung übernommen, den Achtstundentag bzw. die 48-stündige Arbeitswoche den Bestimmungen der Konvention gemäß durchzuführen. Dasselbe gilt mutatis mutandis für die Arbeitgeber, von denen Vertreter aus 17 Ländern für das Übereinkommen stimmten. Die Verfehlung der moralischen Verpflichtung zur Ratifizierung unter Zuhilfenahme einer sophistischen Auslegung des Teiles XIII des Friedensvertrages würde die Internationalen Arbeitskonferenzen zu leeren Veranstaltungen machen.

Würde die Revision im Sinne der von der britischen Regierung gemachten Anündigung durchgeführt werden, so würde dies das Vertrauen der Arbeiter in die Internationale Arbeitsorganisation unzweifelhaft erschüttern.

Die Unterzeichneten sprechen daher den dringenden Wunsch aus, der Verwaltungsrat möge sich gegen jede Revision erklären und Mittel und Wege angeben, um eine neuerliche kraftvolle Aktion zugunsten der Ratifizierung der Achtstundentagkonvention in allen Ländern durchzuführen.

Nur durch ein derartiges Vorgehen kann das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Internationale Arbeitsorganisation aufrechterhalten werden und nur auf diese Weise würden die Regierungen ihrem gegebenen Wort und dem Geiste des Teiles XIII des Friedensvertrages gemäß handeln.“

Das Schreiben ist von den Vorsitzenden resp. Generalsekretären der 25 dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen sowie dem Sekretär des IGB. unterzeichnet.

Die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Wer der Unternehmerpresse glaubt, muß meinen, daß wir wieder einmal vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen. Da soll die Landwirtschaft vor dem Ruin stehen, der Kohlen- und Eisenbergbau schon mit Verlust arbeiten, die Reichsbahn meidet eine Frachterhöhung an, und die Kräfte der Reparationen, der Auslandsabzählungen und der Auslandsverschuldung soll jetzt, wo die Schaufrist beinahe abgelaufen ist, in ein besonders kritisches Stadium eintreten.

Natürlich müssen die Unternehmer schon einen Ausweg, wie der „drohende Zusammenbruch“ zu vermeiden sei. Man braucht ja nur die Lebensmittelpreise erhöhen und der Landwirtschaft ist aus der Mena gehoben, die Ackerbau wert arm und die Vergherren werden wieder billigmäßig. Reiche, arme eintreten können, die Verachten und Verarmen. Die Steuerfrage ist zwar die beherrschende Realpolitik, die sich die Arbeiterklasse im Frühjahr erkämpft hat, wieder wegzunehmen. — aber der Arbeiter hat dabei den Trost, daß er den leidenden Großgrundbesitzern und Kleinrentnern helfen darf. Auch die Steuerlast muß, wie die Deutschnationalen in einem Wahlaufruf erklären, auf breitere und tragfähigere Massen übertragen werden. Für die letzte Reichstagsperiode von 1924 bis 1927 hat ja der schwer leidende Bau noch nicht 10 Milliarden Reichsmark an Steuern einbringen können, während die Massen mehr als 20 Milliarden tragen konnten. Sie werden auch noch ein paar Milliarden mehr ausgeben.

Die „Notlage“ der Landwirtschaft hat sich größtenteils als ein Wahlmanöver des Landbundes erwiesen. Die Deutschnationalen hatten in der Regierung lange genau so gut. Sie mit der Lage der Landwirtschaft zu tun. Erst im letzten Augenblick ist ihnen eine besondere „Notlage“ entstanden, wobei sie sich als Retter für den nächsten Reichstag erwählten. Die Landwirte, besonders die Klein- und mittleren, wären viel besser tun, sich selber zu helfen, durch eine neuartige politische Organisation über die übertriebenen Forderungen des Handels auszuhalten und für Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik zu sorgen, als auf schonen Welter ein landwirtschaftlichen Hölle zu warten. Sie wären bei diesen Bestrebungen gerne die Unterstützung der Arbeiter finden.

Die letzten Tage haben uns mit dem Schwerindustrieaufrufen über den Ruhrgebiet über eine kleine Umdrehung gebracht. Am meisten haben sich wohl die Kleinrentner über gewundert. Die Kommissionen haben errechnet, daß bei einem Verkaufspreis von 1,17 ab 500 t die Eisenindustrie den Besen ein Verlust von 27 % entgeg. Nicht einwandig ist aber, daß trotz Verlust von 27 % die Eisenindustrie für die Zeit einen Gewinn erzielt haben. Die von den Widerstandskämpfern von Dr. Voerde erlitten sich allerdings auch ein Umdrehung von 62 Millionen pro Tonne. Auch ein „Wunder“ ist den Schwermetallrentnern passiert: daß der am 1. April Statist. betrag die Förderung in Rußland und Westfalen in den ersten 3 Monaten 1928 um 20 % zunahm, der Wert dagegen 200 234 Tennen. Vier Millionen Tennen im Werte von 60 Millionen Reichsmark sind möglich aus dem Ruhrgebiet, denn aus den Vorkriegsständen kommen sie, wie es sich erweist, auch nicht! Man darf wohl daraus schließen, daß die Industriekapitalisten verstehen, ihre Gewinnmarge auch vor den neuerlichen Ansetzen der Arbeiter zu wahren.

In diesem Zusammenhang muß man auch eine Umdrehung Stresemanns, des vorkrieglichen Außenministers, betrachten, die er vor der Volkerversammlung des Deutschen Industrie- und Handelsstaates am 18. April machte: „Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß nicht in erster Linie die Aktionäre ein Recht auf ihre Dividende haben.“

Die Gewinne müssen nämlich — in Form von Abschreibungen und Ausgaben für Neuanlagen — in erster Linie wieder in die Unternehmungen hineingesteckt werden. Dieses Verhalten sei nicht nur die beste Wirtschaftspolitik, sondern auch die beste Steuerpolitik. Denn was dem Staate dadurch heute entgeht,

Staatsform. Wie seit Jahrhunderten, so sind auch heute noch die Hauptquellen der deutschen Reichs-, Staats- und Gemeindegeldern die indirekten Steuern und Abgaben. Hier haben noch die Vertreter der sozialen Demokratie eine große Aufgabe zu erfüllen.

Von tief einschneidender Bedeutung für die Arbeiterklasse ist die Sozialpolitik des Staates. Sie berührt die wichtigsten Interessen der breiten Massen. Sie ist der beste Prüfstein für die Entwicklung von der formalen zur sozialen Demokratie. An den Fragen, die der Gesamtbegriff „Sozialpolitik“ umschließt: gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, Lohnpolitik und Schlichtungswesen, Ausbau der Sozialversicherung, des Arbeiterlohnes, des Tarif- und Arbeitsrechts, des Reallohnrechts usw. scheiden sich die Geister. Hier finden die Forderungen der Gewerkschaften als Vorläufer der Arbeiterklasse den schärfsten Widerstand bei den Vertretern der bürgerlichen Klasse. In dem Ausbau der Sozialpolitik liegt der eigentliche geistliche Fortschritt beschlossen. Maß und Tempo dieses Fortschritts hängt ab von dem Einfluß der Arbeiterklasse auf die staatliche Politik.

Geleitet vom demokratischen Prinzip können die Gewerkschaften der bestehenden Klasse das Bildungs-Privileg nicht zuerkennen, das sie bis jetzt tatsächlich besitzt. Deshalb fordern die Gewerkschaften vom Staat eine Kultur- und Bildungspolitik, die allen strebenden Kräften des Volkes den Weg frei macht zur Ausbildung ihrer geistigen und körperlichen Fähigkeiten. Mit der Freisetzung aller jener geistigen Kräfte, die jetzt durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse verschüttet sind, wird das gesamte geistige Leben der Nation einen ungeheuren Auftrieb erhalten. Die Auslese der Fähigkeiten und Begabtesten wird auf eine breitere Basis verteilt und muß zu besseren Ergebnissen führen. Mit aller Entschiedenheit wehren sich die Gewerkschaften gegen eine Schulpolitik, die wie der letzte Reichstagsgesetzentwurf die Scheidewand konfessioneller Trennung noch höher bauen, unser Schulwesen noch mehr zerplittern will.

Der politische Gestaltungswille der Gewerkschaften sieht die Mängel der deutschen politischen Zustände sehr scharf. Er fordert eine Justizreform, die Klassenjustiz verhindert, eine Verfassungsreform mit dem Ziele des deutschen Einheitsstaates, die Verwirklichung der Idee des Sozialismus streben die in den Gewerkschaften über die heutige Wirtschaftsform des Privateigentums hinaus. Ihren demokratischen Grundgedanken widerspricht die gottgewollte Abhängigkeit des bürgerlichen Arbeiters von dem kapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel. Deutschland wird in den vom Ruhrberger Gewerkschaftskongress aufgestellten Richtlinien erklärt: Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus eine höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation als die kapitalistische. Die Gewerkschaften fordern eine Wirtschaftspolitik, deren Ziele grundsätzlich die Gemeinwirtschaft sein muß. Hier stehen sie im schärfsten Gegensatz zu ihren Gegenspielern, den Wirtschaftsverbänden der Unternehmer.

Die staatliche Politik der deutschen Republik und des preussischen Staates wird am 20. Mai durch die Wahl zum Reichs- und Landtag bestimmt. Es liegt im stärksten Interesse der Gewerkschaften, die staatliche Politik durch diese Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Politische Grundzüge und auch die praktische Erziehung in der Politik und in der gewerkschaftlichen Arbeit verpflichten die Gewerkschaftsmitglieder, am 20. Mai 1928 bei der Reichs- und Landtagswahl der Sozialdemokratischen Partei die Stimme zu geben. Die Forderungen der Gewerkschaften an die Politik des Staates finden ihre stärkste Unterstützung in der Sozialdemokratischen Partei.

Gustav Rieman.

das bekommt er künstlich hundertfach herein. Ueber soviel Edel...

Auch in der Reparationsfrage dürfte sich ein für Deutsch...

Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeitsverband.

Bei der Betrachtung der allgemeinen Lage des Arbeits-

Table with 4 columns: Date, Von der Arbeitslosen-Verh. Unterklasse, Von der Arbeitslosen-Verh. Unterklasse, Insgesamt

Demnach ist die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung...

Table with 6 columns: Ende Februar 1928, Ende März 1928, männl., weibl., insges., männl., weibl., insges.

Table with 6 columns: Ende Februar 1928, Ende März 1928, männl., weibl., insges., männl., weibl., insges.



Proletie schweig, was willst du klagen? Wie schön der schwere Saft dir sitzt!

32 v. H. Arbeitslose die Papier-Industrie auf. Doch ist hier...

Gewerkschaften, Wahlen und KPD.

Großkämpfe führten die Gewerkschaften in den letzten...

Die Unternehmer hatten sich bei ihrem Vorgehen etwas...

Einmalige Erhöhung der Mitgliedszahl... Die Gewerkschaften...

Der Vielredner.

Er trat vor dem Stiefel-Händler und läßt sich im Saal und läßt sich im Wort...

Wenn man nun angestrichelt der nicht weglegbaren, feststeh...

In allen Variationen kann man täglich in der „Noten-Nach...

Wer die Tätigkeit der Gewerkschaften in der Praxis, w...

10 Pro. Lohnabzug, Arbeitsgemeinschaften, wo gibt es d...

Und die Koalitionspolitik! Die Gewerkschaftsvertreter...

Über auch hierin wird nur gehetzt, um der Geze willen. Der...

Die Arbeiterchaft in ihrer Gesamtheit kann von Glück...

Auf diese Weise rächt sich leider die Spaltung an der ge...

Davor müssen die Gewerkschaften bewahrt und behütet werden...

Wer es von den Arbeitern und Arbeiterinnen ehrlich mit...

Gegenstand zur Finanzierung.

Die Verwaltungsbörse der Zahlstelle selbst hat zu den...

§ 4. Warum die Einführung eines Eintrittsgeldes in Höhe...

§ 9 und 16. Die vorgeschlagenen Beitragssätze bedeuten...

§ 12. Diese Erhöhung ist unsozial, denn ein krankes...

§ 20. (Einführung einer Invaliden-Unterstützung.) Soll...

Nimmt man 400.000 Mitglieder zu 10 Pf. Beitrag pro...

Eine solche Beitragserhöhung von 10 bis 15 Pro. wäre...

Wohin doch die Mitglieder allerorts zu den Beschlüssen...

Um die Einträgerin.

Seit längerer Zeit bereits macht sich das Bestreben der Unternehmer der Textilindustrie bemerkbar, für die Arbeit der Einträgerinnen... Die Unternehmer begründen ihre Anträge, die sie an die Gewerbeaufsicht stellen, mit dem Mangel an jugendlichen männlichen Arbeitskräften.

Die Textilindustrie ist in unseren Verhältnissen ungenügend. Die Folgen haben sich gezeigt: hat fast die Glasindustrie über den Mangel an jugendlichen männlichen Arbeitskräften, und es kann gar nicht bestritten werden, daß an demselben Mangel ein beträchtlicher Anteil besteht.

Die Unternehmer sind nun aber auch weit entfernt, einzusehen, daß ihre Verhältnisse fastlich sind; sie behaupten lediglich, daß die Industrie eine höhere Bezahlung für diese Arbeit nicht zu tragen vermöge.

Um den Profit zu retten, laufen sie nunmehr Sturm gegen die Verordnung des Reichstages aus dem Jahre 1902, die die Beschäftigung von weiblichen Personen in Glasöfen verbietet.

Die Unternehmer sind nun aber auch weit entfernt, einzusehen, daß ihre Verhältnisse fastlich sind; sie behaupten lediglich, daß die Industrie eine höhere Bezahlung für diese Arbeit nicht zu tragen vermöge.

Unsere Behörden hatten aber immerhin einen Erfolg, und das war der, daß das preussische Handelsministerium auf den Streit aufmerksam wurde, und daß nunmehr, wie wir wissen, auf unserer Veranlassung, eine Hüttenbeurteilung im hiesigen Regierungsbezirk stattgefunden hat.

Bei der Besichtigung der Betriebe wurden nicht nur die Glasöfen selbst, sondern alle Nebenabteilungen, die Aborte, Waschräume usw. in Augenschein genommen, und am 2. Tage fand dann eine Aussprache über die Besichtigungen statt.

Neuer Morgen.

Don Felix Brennensen.

Aus tiefem Dunkel hebe dich empor, Betrübte Seele, die das Licht verlor. Im Osten dämmert schon der erste Schein... Aus Weh und Lust, aus Wonne und aus Qualen, Erst h'n sie neu, die morgenjungen Scharer!

Menschenwürde.

Soweit der junge Kontorist Egon Warnau in die Zukunft vorausgeschaut: felsenfest stand bei ihm, daß er in den Schicksalen der Welt, Werte aus Lebensstellung bauen konnte. Und nun war es doch anders gekommen.

gefällt, dann würde diese sicher übergehen auf andere Bezirke, ohne daß die Regierungsbehörden weitere Verfügungen zu erlassen hätten.

Dieser Vorstoß brachte eine Erklärung des Vertreters des Ministeriums, daß dieses gar nicht daran denke, an eine Aufhebung der Verordnung, die zum Schutze der weiblichen Arbeitskraft geschaffen worden ist.

Damit war die Entlassungsgrundlage gegeben; wir mußten uns damit abfinden. In der Begründung zu unserer ablehnenden Haltung haben wir hervorgehoben, daß wir immer die Jugendlichen gewahrt haben in ihrer abgrenzenden Lebensstellung.

Den anwesenden Herren wurde gesagt, daß sie jedenfalls alle nicht daran denken, ihre eigenen Töchter als Einträgerinnen in die Glasöfen zu schicken; und was man seinem eigenen Kinde nicht zuzumute, das dürfe man auch den Töchtern anderer Leute nicht zumuten.

In dieser Frage war es Herr Ullig von Musau, der an unseren Ausführungen heranzutreten mit dem Bemerkten, daß es wohl so schlimm nicht sein könne, denn es wären doch die Glasöfen, die ihre Töchter in die Hütte hineinschicken würden, und wenn diese das nicht als schädlich für Gesundheit und Sittlichkeit ansehen, dann wären unsere Ausführungen obflüchtig abzuwehen.

Bei den Besichtigungen wurden von den Unternehmern die Erfahrungen angeführt, die sie mit Knaben, die sie aus dem Ruhrgebiet, aus Eberhausen usw. herangeholt hätten, gemacht haben.

Unsere Bemerkungen, ein gänzlich Verbot der Beschäftigung von weiblichen Einträgerinnen zu erreichen, blieben ohne Erfolg. Vom Herrn Regierungspräsidenten wurden die Bedingungen formuliert, unter denen die vorübergehende Zulassung von weiblichen Personen erfolgen könne.

Der Schutverband deutscher Glasfabriken wird mit diesem Resultat zufrieden sein; wir können es nicht. Wir fürchten, daß der erste Schritt zur Beseitigung des Verbots der Frauenarbeit in den Glasöfen damit getan ist.

war die Selbsthilfe, und diese kann nur durch Bildung, durch unsere Kollegen es ablehnen, ihre Töchter in die Hütte zu schicken. Wer anders handelt, führt die Position der Unternehmer und schwächt die unsrige.

Zur uns muß Geduld bleiben; unsere Töchter gehören nicht in die Hütte; die Unternehmer sollen sich behaupten, dann werden sie von Nachschub haben, den die Industrie gebraucht.

Glasarbeiterkonferenz für Sachsen.

Am 1. April 1924 fanden in Dresden eine Anzahl Glasarbeiterkollegen zu einer Konferenz zusammen. Zunächst waren Kollege von Hainichen, Kollege von Borsdorf, Kollege von Glauchau, Kollege von Meißner, Kollege von Radeberg, Kollege von Chemnitz, Kollege von Radeburg, Kollege von Freiberg, Kollege von Zwickau, Kollege von Reichenbach, Kollege von Freiberg, Kollege von Zwickau, Kollege von Reichenbach.

- 1. Die Bedeutung und Aufgaben der Bundeskonferenz. 2. Stellungnahme zur Wahl der Delegierten und Aufstellung der Wahllisten. 3. Stellungnahme zur Wahl eines Kollegen zum Gewerkschaftskongress. 4. Verschiedenes.

Zum ersten Tagesordnungspunkt aß Kollege Balle einen historischen Rückblick von der Gründung des sächsischen Bundes. Er geht dabei auf das Jahr 1913 zurück. Der Weg zum Ziel ist ein recht langer gewesen.

Die seit dem Zusammenschluß geführten Bemühungen in den dem Bund angehörenden Gruppen wurden nicht ungenügend durch die gewonnene Macht beeinflusst. Vor allem am Beispiel der Bewegung in der Textilindustrie erhielt Kollege Balle einen Beweis für diese seine Auffassung.

Eine Aussprache über den Vortrag Balle's wird nicht gewünscht.

Kollege Balle gibt nunmehr in längeren Ausführungen Aufschluß über den vom Bundesvorstand aufgestellten Wahlmodus. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Glasarbeiter sich verpflichten müssen, den einzelnen Gruppen ihrer Industrie eine Vertretung für den Bundesrat zu sichern.

Kollege Stellmacher bezieht sich auf diesen Vorschlag. Er wünscht, daß die Glasarbeiter sich verpflichten müssen, den einzelnen Gruppen ihrer Industrie eine Vertretung für den Bundesrat zu sichern.

Und eines Tages brannte die Streitwelle über sämtliche Grenzen Mitteldeutschlands dahin. Geschloffen verließ man die Tagesbau, die Fabrikanlagen. Nur wenige Wägen blieben hier und da, gekannt von heimlicher Furcht, ihre sorglich bezahlte Arbeit wägen zu verlieren.

Und Egon Warnau blieb — doch nicht heimliche Furcht war es hier. Die Arbeiter wissen nicht, was — Die Worte liegen ihn noch immer nicht los, und zudem war das junge Mannes Grubenlaufbahn noch so kurz, um ihn selbständig an die streikenden Mannen zu binden.

Bestem Willen der Arbeiterhaft stand ein starrer Beutel der Unternehmer gegenüber, die alles daran setzten, den Kampfwillen zu brechen. Mit einem Male wurde Essen und Bezahlung gut, was man es ungeschulten Arbeitsehem nur so an den Hals. Rühmlichkeit — Was ist ein Duzend Mann lauten an ihrem Brot.

Egon Warnau meldete das Schicksal aus. Ein halbes Pfund Wurst pläzt ihm höchst appetitlich entgegen. „Meister — was ist das?“

Der Lauf der Diktatur für eine Treue — gib's leben Tag, solange der Streit — und ein kostbares Gut ist über des Meisters Züge. Und dies böhmische Grinsen hätte nicht kommen dürfen.

Ein Bild aus der Jugendzeit stand darob plötzlich lebendig vor ihm auf: Garas, der alte, treue Hühner — hieße Pöcher die den Gartenzaun überklettern wollten — ein kleines Kind Wurst, welches Garas verleierte, die Hebel ter nicht zu stellen — die jammervolle Tracht Krügel, die der Garas ob dieser Mißvergangenheit bekam.

Und hier — auch ein Stück Wurst als Lohn — nicht einem Hund — und das ihm — ihm, der sich bei gewohnt viel auf seine Menschenwürde einbildet — und nun, einem Knabe gleichgültig — und Etel quoll ihm in der Wiebe hoch — zerbrach mit einem Schlage alle seine bisherigen Lebendankungen — und erkannte mit einem Male klar und deutlich, daß alle die, die heute danken standen, um ihre Menschenwürde kämpfen — es Unrecht — wenn nicht noch mehr war, ihnen in den Rücken zu fallen.

Und Egon Warnau wühlte mit einem einzigen tropischen Zug das Ende Wurst vom Tisch und gina dann zielbewußten Schrittes auf das Tor zu.

Trüben am jenseitigen Straßensand stand ein Streikwetter. Schwer legte sich Egon Warnaus Rechte auf dessen Schulter. „Kollege —“ noch wärlt ihn das Wort etwas in der Hand — von Stunde an bin ich der euer. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen, bis daß auch der Arbeiter als Mensch geachtet und gewertet wird. Ob werde diesen vorkommen Weg mit euch gehen — so wahr, wie mit diese Stunde die Augen geöffnet —!

Doch die Hoffnung trug. Singer wand geschrieben — Be- werbungen die Dugend — Wege nutzlos und ver- drücklich —

Die wenigen Sparagischen gingen zur Reize. Und eines Tages stand Egon Warnau vor dem Nichts — und strebte sich doch noch immer, den ersten Schritt zu tun hinab ins Proletariat — stempeln zu geben. Doch Rot bricht Eisen und brach schließlich auch seinen harten, überblühenden Sinn —

Eines Tages ging unter den Arbeitlosen die Anfrage um: Die Grube B. sucht Tagesarbeiter. Freiwillige mögen sich melden.

Er kämpfte Egon Warnau eine liebe, lange Nacht mit sich selber. Der düstere Berufsstolz war ja noch längst nicht zu Grabe getragen, doch der Mensch in ihm, der moralisch nicht zugrunde gehen wollte, knüppelte ihn zuguterletzt zu Boden.

Andere Tages war auch er auf dem Wege nach B. — Mitteldeutsches Braunkohlengruben — mächtige Vaggen in rastlos schaukelnder Arbeit — rauchende Schornsteine — knirschende Pressen schieden Weizen in lange Reihen — rollende Güterzüge ohne Zahl — dazwischen Tausende und aber Tausende schweißtreibender Menschen in harter Iron und Arbeit —

Und Egon Warnau mitten zwischen ihnen — Schritte und Schweiß, als Arbeitsgerät ihm bisher ein unbekanntes Ding — der Etel brannte ihm zwischen den Fingern wie heißer Feuer — zum erstenmal in seinem Leben wühlte er, was der Hände Arbeit hieß —

Baraden — winddurchlegt — auf ungewohnten Strecken sich wälzend — die Knochen noch immer fliegend und bebend von des Tages Last und Mühe — ein archaisches Essen — ein länglicher Lohn, der am Wochen- schluss verblich —

Doch Egon Warnau blieb bei der Stange. Durch! — das war sein Lebenswort. Durch! — bis auf bessere Zeiten. Die Arbeiter wissen nicht, was — zum ersten Male nahm des jungen Kohlenhoppers Gedankengang eine andere Richtung. Kam zur Einsicht, daß es mit seinem Groll doch nicht so ganz stimmen konnte. Doch befiehlt war er noch lange nicht.

„Meiner laßt —“, hatten die Herren in den Wegbau- Werken gesagt — „kann man laufen, wenn man uns nichts verdienen läßt —“ sagte hier das arbeitende Volk. Und ein Murren ging schon längst durch die Reihen der Bergarbeiter. Den geringsten Lohn von realer Industrie — ein hartberzig Beharren der Kohlenbarone —

Am 27. März konnte unser Kollege, der Porzellandreher Hermann A. B. H. L., sein fünfzigjähriges Dreherjubiläum feiern. Dieses seltene Ereignis in einem Porzellanleben verbindet sich mit der 45-jährigen Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation.

Kollege A. B. H. L. stand also schon in den Reihen der Kämpfer, als Bismarck mit dem Sozialistengesetz das Vorwärtsträngen der Arbeiterschaft aufhalten wollte.

Das mußt du wissen, du Mann im Arbeitskleid, du bist der Same im Aker der Zeit, dein Wille ist es, das Zukünft trägt, und wollest du jemals ermattet rasten, und dich ergeben in deinen Lasten, so stünde die Erde ganz unbewegt.

Bestärkung.

Die Porzellanfabrik von Carl Bollfrank in Erkersreuth bei Selb ging in den Privatbesitz von Herrn Philipp Reithal über, der bekanntlich die Porzellanfabrik Jakob Reithal & Co. in Selb-Wölzberg im Eigenbesitz hat.

Ergänzung!

In Nr. 17 des „Keramischen Bund“ sind in der Abhandlung: „Können in der keramischen Industrie höhere Löhne gezahlt werden?“ die tatsächlichen Beträge für Löhne und Gehälter nicht angegeben. Sie sind bei Berechnung 11 . . . 23 Pf. bei Berechnung 12 . . . 9 Pf.

Zieglerausbildung.

Des öfteren ist schon über den Wert und die Zweckmäßigkeit der Zieglerausbildung, sowie über Einführung einer regulären Lehrzeit für Zieglerarbeiter geschrieben worden. Einer der Hauptgründe für Einführung einer Lehrzeit wird wohl die Möglichkeit der Ausnützung einer billigen und willigen Arbeitskraft sein.

Das scheint, daß mit der Einführung einer Lehrzeit in Zieglerzweigen viele Vorteile verbunden werden, die sehr viel Nützlichkeit mit den Bestrebungen des „Dinta“-Instituts in Düsseldorf haben.

„Lerne gehorchen, denn nur, wer gehorchen gelernt hat, hat ein Anrecht darauf, später selbst zu befehlen.“

„Der junge Ziegler denke in seinen Lernjahren nur an seine Ausbildung und an die ihm übertragenen Arbeiten; er beschäftige sich nicht mit Dingen während der Arbeitszeit, die mit der eigentlichen Arbeit nichts zu tun haben, und seine Aufmerksamkeit von dieser abzulenken.“

„Der junge Ziegler sei fleißig, treu, aufmerksam, ordentlich, gehorsam, höflich und bescheiden. Mit Selbstvertrauen und Mut gehe er an die Arbeit zu einem, wie auch zum Vorteil des Wertes, dem er die Arbeit leisten soll.“

Wie sagte doch der Dinta-Oberingenieur Arnold in seinem Vortrag, gehalten vor den Studierenden der Universität Münster: Wir dürfen nicht vergessen, daß 50 Jahre lang andere Leute um die Seele des Arbeiters gekämpft haben, und vielfach ein verderbliches Gift in die Herzen hineingetränkt haben.

„Es darf sich zwischen uns und unsere Arbeit niemand stellen, weder der Staat noch ein anderer (lies: Gewerkschaften, D. V.). Sie sind nicht berufen, diese Aufgaben zu lösen.“

„Nächstun ist Tod“ ist doch die Frage erlaubt: Gilt dieser Ausspruch auch für arbeitslose Aktionäre und Dividendenbesitzer? Oder meint man damit nur die Arbeiter?

Daß bei dieser Einstellung das fortwährende Denken und Handeln für das Werk, eine gewisse Tendenz für das Werk, man kann auch sagen Euhendient am Werk, bei den jungen Leuten erzeugt wird, ist unübersehbar.

für Familie und Lebensgemeinschaft wird dadurch erhöht. Doch gerade die Unternehmerrunde sich genug über die Besserung der Familie in der heutigen Zeit aufhalten, sei nebenbei erwähnt.

Die beiden Einsprüche zum Schluß sind anscheinend dem Verfasser verschentlich unterlaufen.

„Nur aus der Kräfte schön bereitem Streben, erhebt sich wirkend erst das wahre Leben.“

Dieser Spruch paßt besser für die Gewerkschaftsbewegung als für kapitalistische Betriebe, wo jeder nur seine Gedanken beim Werk und seinem Arbeitsprodukt haben soll.

„Wer ungeschick ist, der ist kein Mensch, der hat nie klar gedacht, wodurch er lebt und froh ist.“

Die Arbeit der Massen, die erst jenen ein Nächstun ermöglichen. Es mag daher zutreffen, daß derjenige unvernünftig ist, der nie klar gedacht, wodurch er lebt und froh ist.

Die Arbeiterschaft tut gut, daß sie sich auch mit der propagierten Lehrzeit in der Ziegelindustrie eingehend befaßt. Der beste Schutz gegen die nach unserem Dafürhalten nicht notwendige Einführung einer Lehrzeit ist die gewerkschaftliche Organisation.

Geschäftsjahresergebnis 1927 für Zementunternehmen.

Anlässlich der Besprechung der Geschäftsergebnisse für das Geschäftsjahr 1926 konnte festgestellt werden, daß dieses Jahr als ein gutes für die Zementindustrie zu bezeichnen war. Trotz Wirtschaftskrisis, trotzdem die Arbeiterschaft unter großer Arbeitslosigkeit und unzureichender Entlohnung zu leiden hatte, konnten die Zementindustriellen erhebliche Gewinne einstreichen.

Überblickt man nun die Geschäftsergebnisse für das Jahr 1927, soweit sie bisher vorliegen, so kann man ebenfalls feststellen, daß auch dieses Jahr für die Zementindustrie äußerst gewinnbringend war.

Schon an der folgenden Aufstellung kann man ersehen, daß sich die Zementindustrie konsolidiert hat.

Die Entwicklung acht mit einigen Ausnahmen seit 1924 nach oben. Folgende Dividenden wurden seit Stabilisierung unserer Währung gezahlt:

Table with 4 columns: Firma bzw. Gesellschaft, 1924, 1925, 1926, 1927. Lists various cement companies and their dividend payments over the years.

Die Liste kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, weil wir nur die Berichte von den Firmen und Gesellschaften gebracht haben, die ihre Geschäftsberichte für 1927 bereits veröffentlichten.

Es geht aus den Berichten hervor, daß das Jahr 1927 ebenfalls ein äußerst glänzendes Ergebnis für die Aktionäre der Zementindustrie gewesen ist.

Für die Zementarbeiter war das Jahr 1927 nicht so glänzend wie für die Aktionäre. Die Arbeitgeber wollen von ihren Gewinnen nichts abgeben und legen den Forderungen der Arbeiterschaft auf bessere Entlohnung den heftigsten Widerstand entgegen.

*) Wo geschlagene Dividende.

Syndizierung in der Ziegelindustrie.

Ähnlich der Syndikatsbildung in der Kohlen- und Stahlindustrie scheint sich auch die Entwicklung in der Ziegelindustrie vollziehen. Berichten der Zeitschrift „Ziegel und Zement“ zufolge, hat sich neben den bereits bestehenden Ziegelverkaufsvereinigungen in Danau, Dortmund, Mittelfrankland und anderen Teilen Deutschlands, jetzt auch für den Rhein mit dem Sitz in Elberfeld, eine Verkaufsvereinigung unter der Firma Ziegelverkaufsstelle für den Niederrhein G. m. b. H. gebildet.

Nach dem Sachverständigen, veröffentlicht in der Zeitschrift „Ziegelwelt“ Nr. 15 vom 12. April 1928, und den bisher erschienenen Berichten wird diese kommende Syndikat auch dieselben Geschäftsmethoden anwenden wie das bestehende Kohlsyndikat. Festsetzung der Preise durch das Syndikat, Weiterleitung sämtlicher eingehenden Aufträge und Geschäftsaufträge an das Geschäftsbüro des Syndikats.

Der Bauplatz wird also in Zukunft damit zu rechnen haben, daß er Ziegel nur vom Syndikat, ähnlich wie heute der Kohlenhändler Kohlen vom Syndikat bezieht, beziehen können. Preisunterbietungen werden nicht mehr möglich sein.

Es ist daher an der Zeit, daß sich die gesetzgebenden Körperschaften mit dieser Frage beschäftigen. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft als wichtiger Produktionsfaktor in diesen Verkaufsvereinigungen in entsprechender Stärke vertreten ist.

Um die Lohnfrage in der Zementindustrie.

Die Verhandlungen um die entfaltete Regelung der Lohnfrage in der Zementindustrie Westfalens vor dem Reichsarbeitsministerium sind nach fast viertägigen Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Die Unternehmer haben nicht die geringsten Zugeständnisse gegenüber dem bereits gefällten Schiedsspruch gemacht.

Für die Zementindustrie Schleswig-Holsteins ist dem Schlichter in Lübeck ein Schiedsspruch gefällt, welcher ab 1. April d. J. eine Erhöhung des Stundenlohnes für Vollarbeiter um 12 Pf. vorsieht. Der auf Grund des Schiedsspruchs abzuschließende Lohnvertrag soll Gültigkeit bis 31. März 1929 haben.

Ob der Schiedsspruch von Arbeitgeberseite angenommen wird steht noch dahin.

Offen steht noch die Regelung der Lohnfrage im Bezirk Thüringen, in Württemberg, Stade-Ganaover und in einigen anderen Bezirken. Wenn die Unternehmer nicht etwas mehr wie bisher den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft entgegenkommen, werden die Lohnbewegungen nicht immer friedlich beendet werden können.

Die Frau des Gewerkschafters.

Der erste Agitationsbezirk des Gewerkschafters ist seine Familie. Von dem Erfolg seiner Betätigung in diesem Bezirk hängt unendlich viel für ihn als Mensch wie als Kampfgenosse ab. Denn die Familie ist die Stätte, wo er tagtäglich neue Kraft sammelt für die Suche nach Brot und für den Streit um mehr Freiheit und Lohn.

Die wichtigste Person in der Familie, die vor allem zu gewinnen ist, ist die Frau. Denn sie ist die Gefährtin des Mannes; die Mutter der Kinder, die Erzieherin des künftigen Gewerkschafters.

Wie sagte doch der Dinta-Oberingenieur Arnold in seinem Vortrag, gehalten vor den Studierenden der Universität Münster: Wir dürfen nicht vergessen, daß 50 Jahre lang andere Leute um die Seele des Arbeiters gekämpft haben, und vielfach ein verderbliches Gift in die Herzen hineingetränkt haben.

